

Neckarpost

Stadtteilzeitung des SPD-Ortsvereins Bad Cannstatt · Ausgabe April 2009

<http://bad-cannstatt.bawue.spd.de/>

Große Pläne im NeckarPark

Da hat sich die Stadt ja viel vorgenommen. Gleich zwei Modellprojekte sollen in dem neuen Wohngebiet auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs in Bad Cannstatt verwirklicht werden: „Bildung und LowEnergy als Standortfaktoren“. Beide Projekte werden vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung gefördert und sollen das neue Wohngebiet für Familien mit Kindern attraktiv machen.

und dem Planetarium, dem Olympiastützpunkt, dem Haus des Sports und den Vereinen im NeckarPark kommen ebenfalls in Betracht.

Die Bewohner des Gebietes Veielbrunn sind ausdrücklich aufgerufen, ihre Ideen und Vorstellungen für das neue Wohngebiet einzubringen. Der Vorschlag lautet, mit Hilfe eines einzurichtenden Stadtteilbüros eine Bürgerbeteiligung zu organisieren.



Blick auf den Wasen und das ehemalige Güterbahnhofs-gelände, auf dem das neue Wohngebiet entstehen soll.

Eine Expertenanhörung zum Projekt „Bildung als Standortfaktor“ hat einige interessante Ideen hervorgebracht. Die Bildungseinrichtung soll demnach der Mittelpunkt des neuen Quartiers werden. In ihr sollen auch andere Angebote ihren Platz finden, z.B. ein Café, eine Stadtbibliothek, die Volkshochschule und Räume für nachbarschaftliche Aktivitäten. Das Gebäude, so die Vision, soll offen sein für Bewohner des Veielbrunnweges und des NeckarParks. Für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren wird es in dem Bildungshaus Angebote geben. Mit dem künftigen Stadtarchiv, das in unmittelbarer Nachbarschaft der künftigen Schule liegt, bietet sich eine fruchtbare Zusammenarbeit an. Vernetzungen mit dem geplanten Mobilitätszentrum

Auch die SPD hat ein paar Wünsche für das neue Cannstatter Viertel. Besonders wichtig sind uns gute Verbindungen für Fußgänger. In Richtung Seelberg muss unbedingt ein neuer Fußgängertunnel entstehen. Der momentane Fußgängertunnel ist mit seiner verschachtelten Gestaltung bei allen Anwohnern als „urbaner Angstraum“ bekannt. Wünschenswert ist auch ein direkter fußläufiger Zugang über den Wasen an das Neckarufer. Bad Cannstatt ist eine „Stadt am Fluss“. Das wollen wir u.a. durch solche Maßnahmen unterstreichen. Wenn Sie selbst Vorschläge zur weiteren Gestaltung des künftigen Wohngebietes haben, dann lassen Sie es uns wissen.

Wir freuen uns auf Ihre Beiträge!

■ **Stefan Conzelmann**

Unsere Kandidaten für die Gemeinderatswahl:

- ☒ **Marita Gröger (2)**
- ☒ **Helmut Lense (12)**
- ☒ **Inge Utzt (22)**
- ☒ **Stefan Conzelmann (47)**
- ☒ **Annette Faenger (50)**

Unser Kandidat für das Regionalparlament:

- ☒ **Thomas Kirchner (12)**

Ihr Kontakt vor Ort

Ortsverein Bad Cannstatt:

■ **Jörn Kramer-Matthiä** · Vorsitzender
Telefon: 0151 - 1850 38 36

E-Mail: politik@matthiss.info

■ **Frank Gloel** · Stv. Vorsitzender
Telefon: 0711 - 56 31 57

E-Mail: frank.gloel@t-online.de

Bezirksbeirat:

■ **Ingo Maile** · Fraktionssprecher
Telefon: 0711 - 528 20 43 · E-Mail: Imaile@web.de

Gemeinderat:

■ **Marita Gröger**
Winterhaldenstr. 8 · 70374 Stuttgart
E-Mail: marita.groeger@stuttgart.de

Weitere Informationen und Kontakt-Adressen finden Sie im Internet unter: <http://bad-cannstatt.bawue.spd.de>



Wilhelm und Anna Bloss in Bad Cannstatt

Wussten Sie, dass der erste Württembergische Staatspräsident Wilhelm Bloss mehrere Jahre in Cannstatt gelebt hat?

Wilhelm Bloss wurde 1849 in Wertheim geboren. Seit 1872 war er Sozialdemokrat. Er arbeitete als Historiker und Journalist. 1883 kam er nach Stuttgart. Für die SPD war er 1877 bis 1918 Abgeordneter des Reichstags.



Anna und Wilhelm Bloss

Wilhelm Bloss war fast 70 Jahre alt, als er am 9. 11. 1918 zum Vorsitzenden der provisorischen Regierung des Freien Volksstaates Württemberg erklärt wurde. Im März 1919 wurde er von der verfassungsgebenden Landesversammlung als Staatspräsident (d. h. Ministerpräsident) von Württemberg bestätigt. Nach den Landtagswahlen im Sommer 1920 trat Wilhelm Bloss als Staatspräsident zurück. Er war der erste und bislang einzige Regierungschef der SPD in Württemberg. Wilhelm Bloss starb am 6. 7. 1927 und wurde auf dem Pragfriedhof beerdigt.

Anna Bloss wurde 1866 in Liegnitz geboren. Sie gründete den „Verband der Stuttgarter Hausfrauen“, war Mitglied des Ortschulrates von Stuttgart und später die erste Frau im Amt eines Schulrates im Deutschen Reich. 1919/20 war Anna Bloss als einzige weibliche Abgeordnete aus Württemberg Mitglied des Reichstags der Weimarer Republik, nachdem Frauen 1919 das aktive und passive Wahlrecht erlangen hatten.

Als politische Kämpferin und Rednerin stritt sie, wider das verkochte und verbügelte Leben“. Als Historikerin gilt Anna Bloss als Pionierin der Frauengeschichtsforschung u. a. mit ihren Werken über „Die Frauen der deutschen Revolution von 1848“ und „Frauen in Schwaben“.

Im Jahr 1905 heirateten Wilhelm Bloss und Anna Tomaszewska und bezogen ihre Wohnung in der Schillerstr. 3 (heute Wiesbadener Str.) in Cannstatt. Leider erinnert bislang an dem Haus nichts an die Ehepaar Bloss. 1909 zogen sie in die Paulinenstraße 7 (heute Mergentheimer Str.), wo sie bis 1915 lebten. Dieses Haus steht nicht mehr. Abschließend lebten sie in Degerloch und im Alten Schloss.

Anna Bloss starb am 27. 3. 1933 und fand ebenfalls ihre letzten Ruhestätte auf dem Pragfriedhof.

■ Inge Utzt

Straßensozialarbeit muss fortgeführt werden!



Marita Gröger

Welche Folgen falsche Entscheidungen im Gemeinderat für den betroffenen Stadtbezirk haben, kann seit Monaten an Hand der Zustände in der

Marktstraße und vor dem Cannstatter Bahnhof beobachtet werden.

Für den SPD-Antrag, die erfolgreiche Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt fortzuführen, fand sich bei den letzten Haushaltsberatungen leider keine Mehrheit. Obwohl es Gründe genug gäbe: Bad Cannstatt ist nicht nur einziges „B-Zentrum“ in Stuttgart, sondern zieht mit Wäsen und Stadion häufig auch viele Menschen an.

Auch der im vergangenen Jahr gemachte Versuch, die Laufzeit bis zum 31.12.2009 zu verlängern - und damit nicht vor den nächsten Haushaltsberatungen eine gute Arbeit zu zerschlagen - wurde nicht gehört. Zugesagt hat die Verwaltung, bis zur Sommerpause das Projekt konkret auszuwerten und darzustellen, wie ein dauerhaftes Konzept Straßensozialarbeit in Bad Cannstatt aussehen könnte. Am 18. Mai soll diese Diskussion im Sozial- und Gesundheitsausschuss stattfinden. Anfang März hat der Bezirksbeirat von der aktuellen Situation nach Reduzierung der Stellenanteile Kenntnis genommen und einstimmig (ein seltsames Ereignis in Bad Cannstatt!) Verwaltung und Gemeinderat aufgefordert, den Stellenanteil von derzeit zwei 25%-Stellen wieder auf zwei 50%-Stellen zu erhöhen. Darüber hinaus wurde für den Haushaltsplanentwurf eine Finanzierung von

VERANSTALTUNGSEINLADUNGEN

„Gesunde Stadt“ - Vortrag und Diskussion mit Dr. med. Suso Lederle
Montag, 20. April 2009, 19.30 Uhr
Ort: Bad Cannstatt, Anna-Haag-Haus, Martha-Schmidtman-Strasse 16



Suso Lederle

Dr. Suso Lederle ist Initiator und Moderator der Gesprächsreihe **Gesundheit beginnt im Kopf** im Treffpunkt Rotbühlplatz und Autor des Buchs „Gesundheit be-

ginnt im Kopf: Wie Sie gesund alt werden“. Ob Luftverschmutzung oder Lärmbelästigung - an diesem Abend soll darüber gesprochen werden, welche Gefährdungen für die Gesundheit speziell von den städtischen Lebensbedingungen ausgehen und was wir gegen diese Gefährdungen tun können.

„Spaziergang durch den Sommerrain“
Freitag, 24. April 2009, 17 Uhr

Treffpunkt: S-Bahnhaltestelle Sommerrain
Bei diesem Rundgang durch den schönen Stadtteil Sommerrain wollen wir bemerkenswerte und attraktive Punk-



te im Sommerrain besichtigen, neue Bauten zeigen und über neue Entwicklungen informieren. Bei schönem Wetter wird dieser Spaziergang mit Sicherheit in einem Gartenlokal angenehm ausklingen.

40 Stunden Streetwork angemeldet. Unterstützung kam dabei auch von Vertretern der Parteien, die die Vorstöße der SPD für Fortführung der Straßensozialarbeit bisher stets abgelehnt haben. Wir finden das gut - im Interesse unsers Stadtbezirks. Irrtümer darf man auch mal eingestehen.

■ Marita Gröger

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger



Manfred Kanzleiter

Am 7. Juni 2009 wird der Gemeinderat neu gewählt.

Wir Sozialdemokraten im Rathaus stellen uns mit Selbstbewusstsein dem Urteil der Wählerinnen und Wähler. Denn viele

unserer Initiativen haben in den letzten Jahren dazu beigetragen, das Leben in Stuttgart weiter zu verbessern und unsere Stadt zu dem zu machen, was sie heute ist: Zu einer der lebenswertesten Städte in Deutschland.

Dies bedeutet aber nicht, dass wir künftig die Hände in den Schoß legen könnten. Wir werden nur dann stark bleiben, wenn es gelingt, allen Menschen, unabhängig ihrer Herkunft, gerechte Chancen für ihre Entwicklung zu eröffnen. Dies betrifft vor allem Familien und die nachwachsende Generation.

Unsere Bildungs- und Erziehungseinrichtungen müssen jedes Kind befähigen, einen erfolgreichen schulischen Abschluss zu erreichen. Alle Abgänger und Abgängerinnen unserer Schulen müssen danach einen beruflichen Anschluss finden, der es ihnen ermöglicht, ihr Leben selbstständig und mit eigener Arbeit zu bewältigen.

Wir Sozialdemokraten wissen aus unserer Geschichte, dass gute Arbeit und Wissen zusammen gehören und der eigentliche Inhalt von Politik sind. Dies darf kein Lippenbekenntnis sein, sondern erfordert auch die entsprechenden finanziellen Prioritäten.

Wir leben in einer Zeit in der sich zeigt, dass die Märkte als Instrument der Steuerung unserer Gesellschaft versagen und deshalb der Ruf nach staatlicher Intervention wieder lauter ertönt. Es erweist sich jetzt als richtig, dass es uns Sozialdemokraten im Rathaus gelungen ist, die Privatisierung der meisten städtischen Dienstleistungen zu verhindern.

Es war ein Fehler, im Jahre 2000 dem Drängen des Oberbürgermeisters nachzugeben, die städtische Energie- und

Wasserversorgung vollständig zu verkaufen. Dieses Ergebnis neoliberaler Politik werden wir baldmöglichst korrigieren. Die Bürgerinnen und Bürger haben Anspruch darauf, dass ihre Stadt Grundfunktionen der Daseinsvorsorge, wie einen funktionierenden Nahverkehr, eine zuverlässige Müllabfuhr, Kindertagesstätten und gute Behandlung im Krankenhaus u.v.m. gewährleistet.

Kommunalpolitik, wie wir sie verstehen, ist umfassend. Sie ist für das Gemeinwesen verantwortlich. Zusammen mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Stadtteilen, in den Vereinen, den Betrieben und wo auch immer verantwortlich gestaltet wird, wollen wir auch in Zukunft am Erfolg Stuttgarts arbeiten.

Dazu laden wir Sie ein. Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen.

M. Kanzleiter

■ Manfred Kanzleiter
Vorsitzender der SPD-Gemeinderatsfraktion

Region Stuttgart: viel erreicht – viel zu tun

Die Region Stuttgart umfasst Stuttgart und die Landkreise Böblingen, Esslingen, Göppingen, Ludwigsburg und den Rems-Murr-Kreis. In ihr leben 2,7 Millionen Menschen. Der Verband Region Stuttgart wurde 1994 gegründet und hat die einzige direkt gewählte Regionalversammlung Baden-Württembergs. Sein Aufgabenbereich umfasst alle Bereiche des Lebens im Ballungsraum: Siedlung, Verkehr, Wirtschaft und Umwelt. Seit 1996 ist die Region Aufgabenträger für die S-Bahn.

Die SPD steht wie keine andere politische Kraft für die konsequente Weiterentwicklung der regionalen Idee. In den vergangenen 15 Jahren hat der Verband Region Stuttgart vieles erreicht, was die Handschrift der SPD trägt. Er hat den öffentlichen Nahverkehr ausgebaut und verbessert. Mit der Regionalplanung ist es gelungen, den Kommunen mehr Entwicklungsmöglichkeiten zu geben und die Ortszentren zu stärken. Es wurde eine aktive Wirtschaftsförderung aufgebaut, die auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten handlungsfähig ist.

Wir wollen unsere Orts- und Stadtteilzentren auch in Zukunft lebendig und le-

benswert gestalten. Die Erhaltung der örtlichen Nahversorgung, die bereits jetzt in vielen Orten bedroht ist, wird immer wichtiger. Deshalb werden wir eine regionale Offensive für die Nahversorgung starten.

Wir wollen, dass die Region Stuttgart zu einer Modellregion beim Klimaschutz und Energieverbrauch wird.

Die Verkehrs- und Umweltprobleme in unserer Region – Stau, Lärm und Feinstaub – lassen sich nach unserer Überzeugung auch in Zukunft nur mit einem weiteren Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs lösen. Hierbei steht für uns die Forderung nach Taktverdichtungen und Taktverlängerungen bei Bussen und Bah-

nen im Zentrum, denn ein attraktiver öffentlicher Personennahverkehr muss immer mit den veränderten Lebens- und Arbeitsgewohnheiten der Menschen Schritt halten. Wir fordern eine Verlängerung des 15-Minuten-Taktes auf der S-Bahn am Abend und eine Ausweitung des Nachtbusangebots am Wochenende und seine Einführung an Werktagen. Wir setzen uns dafür ein, dass das Kurzstreckenticket bei der S-Bahn für die Fahrt zur nächsten Station gültig ist und die VVS-Tarifstruktur vereinfacht wird.

An diesen Themen werden wir konsequent im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger auch in den nächsten fünf Jahren weiterarbeiten.



Stuttgarter Regionalräte: J. von Zimmermann, E. Hollay, M. Hahn, A. Klöber, T. Leipnitz (v.l.n.r.)

Mehrheit für städtische Wasserversorgung in Sicht

Die Energie- und Wasserversorgung sind Aufgaben der Daseinsvorsorge. Die SPD will deshalb, dass diese grundlegenden Leistungen nicht dem Markt überlassen werden. Sie müssen den Bürgerinnen und Bürgern zu angemessenen Preisen und in hoher Qualität zur Verfügung stehen. Dies zu gewährleisten, ist Aufgabe der Stadt.

Mit dem Verkauf aller Aktien an den Neckarwerken (NWS) hat sich Stuttgart im Jahre 2002 auf Drängen und Vorschlag von Oberbürgermeister Dr. Seisengänzlich aus dieser Aufgabe der Daseinsvorsorge verabschiedet. Dies muss aber nicht das Ende der Entwicklung sein. Viele Menschen teilen unsere Auffassung, dass die Stadt die Wasserversorgung wieder in ihre Hände nehmen sollte. Wir wollen, dass die Stadt ihre verkauften Anteile an der Bodensee- und Landes-

wasserversorgung zurück erwirbt. Und wir wollen künftig auch wieder „Herr im Hause“ sein, wenn es um die städtische Wasser- und Energieversorgung geht.

Im Jahre 2013 werden die Konzessionen zum Betrieb der Energie- und Wassernetze in Stuttgart neu vergeben. Dies ist eine große Chance, die nach Meinung der SPD genutzt werden muss.

Die Neuvergabe der Konzessionen ermöglicht es der Stadt frei zu entscheiden, die Netze der Energie- und Wasserversorgung durch ein neu zu gründendes Stadtwerk, oder nach Ausschreibung, unter strengen Qualitätsbedingungen, weiterhin durch die EnBW oder einen Dritten betreiben zu lassen.

Den politischen Entscheidungsprozess hat die SPD-Fraktion durch öffentliche Diskussionen eingeleitet und inzwischen durch Antrag auch formell auf die Ebene des Gemeinderats gehoben.

Es freut uns, dass die Dinge dadurch inzwischen in Bewegung gekommen sind. Nun erklären auch die Grünen und die CDU, für die bis vor kurzer Zeit der Rückkauf der Wasserversorgung unvorstellbar war, dass sie dieses Ziel ebenfalls für richtig halten.

Trotz positiver Vorzeichen ist jedoch noch nichts entschieden. Notwendig ist es, dass sich die Bevölkerung selbst engagiert. Spätestens bei der Gemeinderatswahl am 7. Juni 09 ist ihre Meinung gefragt. Wenn Sie sich schon jetzt äußern wollen, können Sie dies tun. **Unsere Kontakt-Adressen lauten:**

<http://stuttgart.sozinfo/> (für die Beteiligung an unserer Meinungsumfrage).

geschaeftsstelle.spd@stuttgart.de oder **0711 / 216 25 03** für Kritik, Anregungen und Vorschläge zur Sache.

Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen.

Programm „erfolgreicher Jahrgangsabschluss“ – Bildungschancen für alle

Wo ein Bildungssystem mit Teilen aus dem 19. Jahrhundert längst nicht mehr in unsere Zeit passt, kann und darf sich die Kommune nicht ausruhen. Sie muss im Interesse ihrer jungen Bürgerinnen und Bürger auch dort handeln, wo eigentlich das Land zuständig wäre.

Die Erfolge gezielter Bildungsarbeit in den Kindertagesstätten und die inzwischen gestartete „Stuttgarter Bildungspartnerschaft“ werden hoffentlich in einigen Jahren greifen und für alle Kinder mehr Bildungschancen, unabhängig von der familiären Herkunft, eröffnet haben. Eine gemeinsame Forderung von Sozialdemokraten in mehreren Städten Baden-Württembergs ist deshalb, ein gezieltes Förderprogramm für diese jungen Menschen aus kommunalen Mitteln zu errichten. Entsprechend der Einwohnerzahl heißt das für Stuttgart in einem Antrag der SPD-Gemeinderatsfraktion konkret „20.000 Stunden individuelle Förderung für Schülerinnen und Schüler aus allen Schularten“. In den Grundschulen soll das Programm bessere Übergänge ermöglichen, in den weiterführenden Schulen Wiederholungen vermeiden, in allen Schularten zu guten Abschlüssen verhel-

fen und den Übergang in den beruflichen Start sichern.

Für die notwendigen Zusatzangebote sehen wir vorrangig die Volkshochschule Stuttgart als Partner. Sie hat als größter Träger der Weiterbildung längst detaillier-

te Vorstellungen zur individuellen Unterstützung entwickelt, mit dem bereits bestehenden Programm genug Erfahrungen gesammelt und kann so auch zum vertrauten Partner für das notwendige lebenslange Lernen werden.

Mehr Stuttgart für alle.

Mit einem starken Team startet die Stuttgarter SPD ins Superwahljahr 2009. „Mehr Stuttgart für alle.“ – mit dieser Forderung wollen die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

in der Landeshauptstadt bei der Europa- und Kommunalwahl am 7. Juni 09 sowie bei der Bundestagswahl am 27. September 09 gemeinsam überzeugen.



Von links nach rechts: Evelyn Gebhardt, Europaabgeordnete der SPD · Ute Vogt, SPD-Landesvorsitzende
Andreas Reißig, SPD-Kreishef Stuttgart · Manfred Kanzleiter, Vorsitzender der SPD Gemeinderatsfraktion Stuttgart
Ute Kumpf, Bundestagsabgeordnete · Matthias Hahn, Bürgermeister und Spitzenkandidat zur Regionalwahl 09

Demokratie stärken und zur Kommunalwahl gehen, am: 07. Juni 2009

Herausgeber (V.i.S.d.P.) **SPD-Kreisverband Stuttgart** · Andreas Reißig, Kreisvorsitzender · Westraß 10 · 70182 Stuttgart
Telefon: 0711 - 23719 91-0 · Verantwortlich Seite 3-4: Manfred Kanzleiter · SPD-Gemeinderatsfraktion · Marktplatz 1
70173 Stuttgart · Verantwortlich Seite 1-2: Jörn Kramer-Matthies · SPD Ortsvereinsvorsitzender Bad Cannstatt
Fälchstraße 46 · 70378 Stuttgart · Telefon: 0151-1850 38 36